

MEINE SICHT

Mehr #8geben soll der Senat

Elsa Koester findet Twitttern schön, aber gute Verkehrspolitik besser

Die sozialen Medien sind eine feine Sache. Das hat auch die Berliner Polizei vor zwei Jahren entdeckt. Auf ihrem Twitter-Account berichtet sie live von Einsätzen und hat damit schon 100 000 Follower gesammelt. Die neueste Idee: Eine Woche geballten Twitttern über Verkehrsunfälle. So wie die gruseligen Bilder von schwarzen Lungen auf Zigarettenschachteln vor dem Rauchen warnen, sollen Fotos von zerschmetterten Autos abschrecken und zu mehr Vorsicht im Verkehr führen.

Man muss es zugeben: Die Polizei macht das gut. Mit ihren Tweets kann sie sich sehen lassen. Witzig, locker, cool kommt sie daher: »Kein Bein- aber Nasenbruch bei Kollision zwischen Radfahrer & Pkw. #8geben«. Nicht schlecht. Auch die Masse der Tweets zeigt ihre Wirkung: Unfälle gibt es viele, sieht der aufmerksame Follower. Besser aufpassen.

Die gute Öffentlichkeitsarbeit der Polizei funktioniert. Denn wie jede gute Kampagne lenkt sie ab vom Eigentlichen: In diesem Fall von der schlechten Verkehrspolitik des Senats. Kein Raser, kein Radfahrern-den-Weg-Abschneider, kein Über-Rot-Bretterer wird sein Verkehrsverhalten durch einen lustigen Tweet ändern. Alle zwei Stunden verunglückt ein Radfahrer in Berlin. Was es da braucht, steht zum Beispiel in den Vorschlägen des Volksentscheids Fahrrad: Abgetrennte, breite Radwege, eigene Fahrradstraßen und der Umbau der gefährlichen Kreuzungen in Berlin. Progressive Ideen gibt es noch einige mehr. Eine autofreie Innenstadt beispielsweise, oder kostenloser Öffentlicher Nahverkehr. Vielleicht kosten einige dieser Vorschläge mehr Geld als ein paar Tweets. Oder belustigen weniger die Autoindustrie. Da müsste der Senat eben auch in seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik ein bisschen mehr #8geben.

Kooperation Senat / E.ON auch beim Gas

Das Land will nach der Stromversorgung nun auch beim Gas mit dem Energiekonzern E.ON zusammenarbeiten. Beide Seiten teilten am Montag mit, sie hätten sich auf eine enge Kooperation verständigt, um die Energiewende zu beschleunigen. Der Düsseldorfer Konzern ist mit knapp 37 Prozent größter Anteilseigner der Gasag. Die anderen beiden Gasag-Aktionäre Vattenfall und Enge besitzen zusammen 63 Prozent der Anteile und sind durch einen unkündbaren Konsortialvertrag eng verbunden. »Mit der Kooperationsvereinbarung signalisiert Finanzsenator Matthias Kolatz-Ahnen (SPD), dass er bereit ist, einen politischen – also völlig überhöhten Preis – zu bezahlen«, sagt Michael Schäfer, Energieexperte der Grünenfraktion.

Das Land hatte die Gasag in den 1990er Jahren verkauft und will nun wieder mehr Kontrolle über die sogenannte Daseinsvorsorge. Die Vergabe des Gasnetzes an ein landeseigenes Unternehmen im vergangenen Jahr scheiterte jedoch an einer Klage der Gasag. »Wir Grüne lehnen derartige Public-Private-Partnerships des Landes mit den großen Kohle- und Atomkonzernen ab, die damit wichtige Investitionen blockieren können«, sagte Schäfer. *dpa/nd*



Damit ihre Wohnungen nicht privatisiert werden, gründeten die Mieter der »Bremer Höhe« eine Genossenschaft.

Foto: Bremer Höhe eG

Billiger wohnen mit Hauszinssteuer

Ohne neue Förderungen können Baugenossenschaften die Wohnungsnot kaum lindern



Ulf Heitmann ist Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft »Bremer Höhe«. Mit ihrer Gründung konnte im Jahr 2000 die Privatisierung von 520 Wohnungen in Prenzlauer Berg verhindert werden. In den Folgejahren übernahm sie verschiedene Hausprojekte und sogar eine Wagenburg. Genossenschaften gelten als wichtige Säule für die Bereitstellung preiswerten Wohnraums. Über die Möglichkeiten und Grenzen sprach mit ihm für »neues deutschland« Nicolas Süstr.

Foto: nd/Ulrich Winkler

Aus der Politik wird immer wieder der Vorwurf laut, dass sich die Wohnungsbaugenossenschaften der sozialen Verantwortung für die Stadt entziehen, weil sie praktisch kaum neu bauen.

Zuallererst liegt unser Schwerpunkt auf der Sanierung des Bestandes. Das bindet Geld. Dann sind wir unseren Mitgliedern verpflichtet. Genossenschaften sind eine Form von Selbsthilfe, hier mit dem Zweck, für dauerhaft preiswerten Wohnraum sorgen. Potenzielles eigenes Bauland gäbe es für uns nur in Hobrechtsfelde, das liegt hinter Buch, schon in Brandenburg.

Woanders Bauland zu kaufen, kommt nicht in Frage?

Angesichts der aktuellen Preise nicht. Mir hat ein Bauträger vor Kurzem gesagt, er habe den Eindruck, es gebe einen Einheitspreis in Berlin. 1000 Euro pro Quadratmeter potenzieller Gebäudenutzfläche kosten Grundstücke. Das allein würde sich schon in monatlich 3 bis 3,50 Euro Quad-

ratmetermierte niederschlagen. So können wir keinen preiswerten Wohnraum anbieten.

Andere Genossenschaften haben durchaus noch Flächen für die Nachverdichtung, könnten also zwischen oder neben bestehende Häuser bauen.

Im Moment wird einfach jede Form der Veränderung als Bedrohung empfunden, habe ich den Eindruck. Und gegen die Mehrheit der Mitglieder kann kein Vorstand etwas entscheiden. Dennoch bauen in letzter Zeit recht viele Genossenschaften neue Wohnungen, auch dort, wo zurzeit private Bauträger »Verwertungsprobleme« haben, aber die eigenen Mittel sind aus besagten Gründen begrenzt.

Laut der neuen Liegenschaftspolitik sollen auch Genossenschaften landeseigene Flächen zu günstigen Konditionen bekommen.

Seit 2010 wird darüber gesprochen. Vor einigen Tagen haben wir tat-

sächlich einen Brief von der Berliner Immobilienmanagement (BIM) bekommen, in dem wir aufgefordert werden, Arrondierungsflächen in der Nähe unserer Bestände zu benennen.

War etwas dabei?

Es gibt tatsächlich eine kleine Fläche in der Friedrichshainer Liebigstraße gegenüber unserem dortigen Haus, da könnte man wohl ein Haus mit acht Wohnungen bauen.

Das klingt doch gut.

Jetzt müssen wir mit verschiedenen Stellen wegen Fördermitteln, Genehmigungen und Krediten verhandeln. Das ist ziemlich stressig. Außerdem kommt dann das nächste Problem.

Sicher irgendwas mit Geld.

Ja. Die potenziellen Mitglieder müssen relativ viel Eigenkapital aufbringen. 300 bis 500 Euro pro Quadratmeter rechnen kleinere Genossenschaften im Durchschnitt. Das sind dann für eine Familie mit zwei Kindern mindestens 30000 bis 50000 Euro. Es bräuchte eine Regelung, mit der die Eigenkapitalücke teilweise geschlossen werden kann.

Gab es das mal?

Ja, es sind Förderungen gestrichen worden. Als wir im Jahr 2000 die »Bremer Höhe« gegründet haben, konnten einkommensschwache Mitglieder noch die 2005 abgeschaffte Eigenheimzulage beanspruchen. Dieses Geld fehlt jetzt.

Immobilienentwickler stöhnen über die neue kooperative Baulandentwicklung, bei der Kosten für die soziale Infrastruktur auf den Bauherren umgelegt werden und es dazu

noch vorgeschriebene Quoten an Sozialwohnungen gibt.

Ich halte das auch nicht für gut. Private Bauherren kompensieren die gedeckelten Mieten bei einem Drittel der Wohnungen – durch höhere Mietpreise bei den anderen zwei Dritteln. Das wollen wir nicht und entspricht nicht dem Förderauftrag von Genossenschaften. Es würde zu einer Zweiklassengesellschaft im Haus führen. Die einen zahlen 6,50 Euro pro Quadratmeter, und andere, die vielleicht nur ein bisschen mehr verdienen, müssen mindestens elf Euro hinlegen. Das Berliner Modell verteuert das Bauen um etwa 15 Prozent. Momentan werden die städtischen Gesellschaften mehr oder minder gezwungen, die politischen Vorgaben zu erfüllen. Ich wette, dass das nicht lange gut gehen wird.

Welche konkreten Lösungsansätze sehen sie für das Problem fehlender preiswerter Wohnungen?

Es gibt das Musterbeispiel Wien. Dort wird seit 100 Jahren Wohnungsbau als kontinuierliche Aufgabe gesehen und egal, wer in dieser Zeit regierte: Der zweckgebundene revolvierende Wohnungsbaufonds war und ist heilig. Damit müsste man in Berlin nicht nur jetzt anfangen, sondern auch durchhalten in Zeiten, wo eventuell mal wieder weniger gebaut wird. Eine Lösung, die in den 1920er Jahren funktionierte, war die Hauszinssteuer. Gewinne privater Immobilienbesitzer wurden besteuert, die Einnahmen flossen in den Bau öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungen. So entstanden in Berlin mehr als 200000 Wohnungen in zwölf Jahren. Bei vielen Lösungen müsste der Bund mitmachen. Danach sieht es momentan leider nicht aus.

Mutter fast getötet – aus Verzweiflung

Ein 34-Jähriger hat nach der Explosion einer Laube in Heiligensee im Juni 2015, bei der er und seine 66-jährige, behinderte Mutter schwer verletzt wurden, vor dem Landgericht eine Verzweiflungstat geschildert. Sie und ihr Sohn lebten seit Jahren in der Parzelle. Der Mitarbeiter des Amtsgerichts war bereits in der Gartenanlage, um die Zwangsräumung zu vollstrecken, und erlebte die Detonation mit. Gemeinsam mit seiner Mutter wollte er ein Zeichen setzen, erklärte der Sohn am Montag zu Prozessbeginn. Er habe sie aber nicht töten wollen. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Lagerarbeiter unter anderem versuchten Mord vor.

Der Sohn hatte laut Anklage das Gartenhaus, das von ihm und seiner 66 Jahre alten Mutter bewohnt wurde, mit Propangas in Brand gesetzt. Der 34-Jährige habe damit im Juni 2015 sich selbst und die zu dem Zeitpunkt schlafende Frau umbringen wollen, um der bevorstehenden Zwangsräumung zuvorzukommen, heißt es in der Anklage. Heimtückisch und mit gemeingefährlichen Mitteln habe er gehandelt. Der Verteidiger sagte, sein Mandant sei verzweifelt und überfordert gewesen. *dpa/nd*

Mehrere Angriffe aus Fremdenhass

Ein Taxifahrer und mehrere Flüchtlinge sind binnen weniger Stunden fremdenfeindlich beleidigt worden. Zunächst sei am Sonntagabend eine Gruppe jugendlicher Asylbewerber in der Köpenicker Bahnhofstraße an einer Straßenbahnhaltestelle von mehreren angetrunkenen Männern beleidigt und bedroht worden, teilte die Polizei am Montag mit. Auch die Flüchtlinge sollen sich beleidigt geäußert haben. Es kam zu einem Gerangel zwischen den Gruppen, bei dem drei Beteiligte verletzt wurden. Eine Zeugin, die fotografierte, sei von den Betrunkenen mit Fäusten geschlagen und gewürgt worden, hieß es weiter.

Am frühen Montagmorgen habe dann am Ostbahnhof in Friedrichshain ein 28-Jähriger einen Taxifahrer mit einem gefüllten Pappbecher beworfen und beleidigt. Der Fahrer wurde leicht verletzt. Polizisten nahmen den mutmaßlichen Täter fest. Gegen ihn wird wegen fremdenfeindlicher Beleidigung und Körperverletzung ermittelt. *dpa/nd*

Konsequenzen aus LAGeSo-Chaos lassen auf sich warten

Oppositionsparteien kritisieren im Sozialausschuss mangelnde »Einsicht und Belehrbarkeit« von Senator Czaja

Der Wachschatz in Flüchtlingsunterkünften soll künftig vom Landesamt selbst beauftragt werden. Das gilt allerdings nur für Neubeschlüsse.

Von Johanna Treblin

50000 Euro im Kofferraum machen noch keine Straftat. Das ist der Betrag, der bei einem Referatsleiter des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) gefunden wurde. Wegen des Verdachts auf Bestechung bei der Vergabe von Dienstleistungen in Flüchtlingsunterkünften ermittelt nun die Staatsanwaltschaft. Seine Schuld ist aber noch nicht bewiesen, und somit auch noch nicht, dass es überhaupt einen Korruptionsfall am

LAGeSo gegeben hat. Darauf wiesen am Montag im Sozialausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses Vertreter der Koalitionsfraktionen hin. Dort wurde ein Antrag der Oppositionsparteien verhandelt, die angesichts der geltenden Unschuldsvermutung vorsichtig von »korruptionsanfälligen Strukturen« am Landesamt sprachen. Sie kritisierten ausgebliebene Konsequenzen aus der Affäre sowie die Abwesenheit und vermeintliche Untätigkeit des zuständigen Senators Mario Czaja (CDU).

»Mir fehlt die Einsicht und die Belehrbarkeit des Senators«, sagte Canan Bayram, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünenfraktion. Bereits der Rechnungshofbericht vom vergangenen Herbst habe ein »kom-

plettes Versagen« der Fachaufsicht am LAGeSo offenbart. Nachhaltige Lösungen seien bisher ausgeblieben.

Anstelle von Czaja stellte sich Sozialstaatssekretär Dirk Gerstle den Abgeordneten. Der legte eine wesentlich positivere Bilanz vor: Für die Vergabe von Betreiberaufträgen von Flüchtlingsunterkünften sei das Vieraugenprinzip eingeführt worden, damit keine einseitigen Absprachen mehr getroffen werden könnten. Die Innenrevision des LAGeSo sei zunächst vorübergehend personell gestärkt worden, die Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL) werde derzeit einer »vertieften Prüfung« unterzogen und Musterverträge für die Betreiber befänden sich in der Abstimmung mit den Beteiligten.

Die zwei wichtigsten Änderungen: Künftig sollen nur noch Betreiber von Hostels und Ferienwohnungen den Zuschlag erhalten, die auf einer noch zu erarbeitenden Weißen Liste stehen. Zudem sollen Sicherheitsfirmen in Zukunft direkt vom LAGeSo beauftragt werden statt von den Betreibern der Unterkünfte.

Bis auf den letzten Punkt sind das für die Oppositionsparteien alles olle Kamellen: Vorhaben, die bereits länger in der Planung sind, aber genauso lange auf ihre Umsetzung warten. Handlungsfähig müsse das LAGeSo aber bereits jetzt sein, Fehlverhalten in den eigenen Reihen ahnden und Sanktionen gegen problematische Betreiber verhängen. Doch mit den Kontrollen hapert es, und die Zu-

ständigkeit für Hinweise auf Korruptionsfälle oder anderes Fehlverhalten sind weiter unklar.

Auch gibt es bisher keine Antwort darauf, wie das LAGeSo mit weiteren Subunternehmen umgehen will. Denn auch bezüglich manchen Caterern und Reinigungsfirmen in Notunterkünften gibt es immer wieder Beschwerden. Gerstle verweist auf den Mustervertrag, der entsprechenden Kriterien für die Beauftragung von Dienstleistern festlegen soll. Der soll im Herbst vorliegen – bis dahin haben viele Betreiber dann rund ein Jahr ohne Vertrag ihre Notunterkünfte geführt. Kritik dafür kommt nicht nur aus der Opposition, sondern auch von vielen Betreibern selbst: Die Rechtsunsicherheit liegt auf beiden Seiten.